

Mitteilung

öffentlicher Teil

Gremium	Datum
Integrationsrat	14.01.2020
Ausschuss Soziales und Senioren	16.01.2020
Ausschuss Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen / Vergabe / Internationales	27.01.2020
Jugendhilfeausschuss	28.01.2020

Abschlussbericht zum Projekt „Einwanderung gestalten NRW“

Der Rat hat in seiner Sitzung am 04.04.2017 die Teilnahme der Stadt Köln am Förderprojekt „Einwanderung gestalten NRW“ des Landes NRW im Zeitraum 01.04.2017 bis 31.03.2019 beschlossen (Vorlage 0554/2017). Die Bezirksregierung Arnsberg hat das Projekt auf Basis des Förderantrags der Verwaltung mit Zuwendungsbescheid vom 10.04.2017 genehmigt.

Wie im letzten Sachstandsbericht angekündigt, hat das Land die Option einer Projektverlängerung bis Ende 2019 eröffnet. Mit Förderbescheid vom 01.03.2019 hat die Bezirksregierung Arnsberg die Projektverlängerung bis zum 31.12.2019 genehmigt, um insbesondere die folgenden Schwerpunktthemen weiter zu bearbeiten:

- Handlungsempfehlungen zu Hürden und Bedarfslücken im Bereich Bildung/Arbeit
Die Weiterentwicklung der Handlungsempfehlungen ist zwischenzeitlich eine laufende Aufgabe der Fachkoordination Arbeit im Amt für Integration und Vielfalt der Stadt Köln. Gespräche zum Ausbau eines bedarfsgerechten Angebotes werden laufend geführt. Darüber hinaus wird diese Thematik auch im Rahmen der Teilnahme an den Landesinitiativen „Durchstarten in Ausbildung und Arbeit“/ „Gemeinsam klappt´s“ aufgegriffen.
- Casemanagement
Das Konzept KOKIP (Kooperation zur Klärung rechtskreisübergreifender Integrationsprozesse) als rechtskreisübergreifendes Casemanagement für geflüchtete Menschen wurde in der Sitzung der UAG Casemanagement am 26.06.2019 beschlossen. Unklar war zu diesem Zeitpunkt, wie die Umsetzung des Konzeptes finanziert werden kann. Mit den Landesinitiativen „Durchstarten in Ausbildung und Arbeit“ und „Gemeinsam klappt´s“ wurde die Möglichkeit der Förderung von Teilhabemanagement eröffnet. Mit Beschlüssen der Lenkungsgruppe des Projekts „Einwanderung gestalten NRW“ sowie der Bündniskerngruppe des Projekts „Gemeinsam klappt´s“ wurde das Casemanagement-Konzept entsprechend den Förderbedingungen überarbeitet und ein Antrag zur Förderung von Teilhabemanagement gestellt.

Der Rat hat die Teilnahme an den oben genannten Landesinitiativen sowie das Pilotprojekt KOKIP als Teilhabemanagement für geflüchtete Menschen in Köln am 07.11.2019 beschlossen (Session-Nr. 3141/2019). Die Kooperationsvereinbarung mit den 4 Kooperationspartnern des Teilhabemanagements wurde zwischenzeitlich geschlossen. Das Modellprojekt wird voraussichtlich im Laufe des Januars 2020 operativ starten.

- Integrationsmonitoring

Im Amt für Integration und Vielfalt werden derzeit Leitlinien für die Themen „Integration“ und „Vielfalt“ erarbeitet. Diese dienen als Basis für ein „Monitoring Integration und Vielfalt“, das parallel aufgebaut wird. Überlegungen und Erfahrungen aus dem Projekt „Einwanderung gestalten NRW“ fließen in diese Entwicklungen ein. Darüber hinaus werden derzeit Gespräche zur Einbettung des Monitorings in bestehende oder im Aufbau befindliche Monitoringsysteme der Stadt Köln geführt. Insofern wird auch das Handlungsfeld Integrationsmonitoring im Amt für Integration und Vielfalt verstetigt.

Das Projekt endet zum 31.12.2019. Hinsichtlich der Darstellung der weiteren Projektergebnisse wird auf die bislang vorgelegten Berichte sowie die beigelegte Zieldatei verwiesen (Anlage 1). Darüber hinaus ist als Anlage 2 die Niederschrift der Abschluss-Sitzung der Arbeitsgruppe vom 04.09.2019 beigelegt.

Abschließend ist festzustellen, dass die Netzwerke, die im Rahmen des Projektes aufgebaut wurden, notwendig waren, um eine rechtskreisübergreifende Betrachtung der Themenfelder außerhalb eines eventuell vorhandenen „Spartendenkens“ zu ermöglichen. So haben an allen Projektgremien neben dem Jobcenter und der Agentur für Arbeit auch Vertreter*innen von Trägern der Wohlfahrtsverbände und des Ehrenamtes teilgenommen. Darüber hinaus wurden punktuell Vertreter*innen des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge, des Integrationsrates, die sozialpolitischen Sprecher*innen der Ratsfraktionen sowie Migrantenselbstorganisationen involviert. Die konsequente Einbindung externer Akteure brachte dabei ein breites Fachwissen in die Diskussionen ein. Problemlagen wurden aus verschiedenen Blickwinkeln betrachtet. Die so erarbeiteten Ergebnisse stoßen auf große Akzeptanz.

Die Bearbeitung der im Projekt definierten Themenfelder kann nicht mit Projektende abgeschlossen sein, sondern ist vielmehr eine laufende Aufgabe der Verwaltung und der beteiligten Akteure. Die Erfahrungen und Erkenntnisse aus der Projektlaufzeit sowie die beschriebene Arbeitsweise werden im Amt für Integration und Vielfalt aufgegriffen und fortgeführt.

Hinweis: Die Anlage 2 dieser Mitteilung wird aus Gründen der Ressourcenschonung nicht mit umgedruckt. Die Einsichtnahme ist digital vollumfänglich möglich.

gez. StD Dr. Keller i. V. von OB Reker